

Michael Wala, *Winning the Peace. Amerikanische Außenpolitik und der Council on Foreign Relations, 1945–1950* (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 41), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 331 S., kart., 68 DM.

Mit seiner Studie über den Council on Foreign Relations – ein Gremium, das durch seine Zeitschrift »Foreign Relations« weithin bekannt geworden ist – hat sich der Autor das Ziel gesetzt, das Wirken dieser Institution in der Nachkriegszeit detailliert zu untersuchen und dabei dessen Einfluß auf die Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik zu analysieren. Zu diesem Zweck erläutert er zunächst die Geschichte dieser Institution im Anschluß an die Versailler Friedenskonferenz zur Propagierung einer internationalistischen amerikanischen Außenpolitik. Von Anfang an war der Council ein Studien- und Diskussionsforum, das mit einflußreichen Geschäftsleuten, Akademikern und Politikern liberaler Prägung durchsetzt und darauf ausgerichtet war, durch die Publikation einer eigenen Zeitschrift auf die Meinungsbildung in der amerikanischen Öffentlichkeit einzuwirken.

Von Beginn des Zweiten Weltkriegs an verstärkten sich die unmittelbaren Beziehungen zwischen dem Council und dem State Department, die in einer Fülle von »War and Peace Studies« sichtbaren Ausdruck fanden, ohne daß freilich in der Darstellung deutlich wird, in welchem Maße diese Studien die amerikanische Außenpolitik tatsächlich beeinflussten. Dies gilt für die Grundzüge der amerikanischen Nachkriegspolitik im allgemeinen wie auch für die Westeuropa-Politik einschließlich der Hinwendung zu einer aktiven Wirtschaftsförderung in Form des Marshall-Plans und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für eine Neugestaltung der amerikanischen Deutschlandpolitik im Jahre 1946. In allen grundlegenden Einzelfragen der amerikanischen Außenpolitik – von der Truman-Doktrin über das European Recovery Program bis hin zu den Problemen einer deutschen Wiederbewaffnung – wurden durch den Council eingehende Analysen ausgearbeitet. Der Council hat sich von daher mit den richtungweisenden Problemstellungen der Nachkriegszeit eingehend beschäftigt und nach zum Teil äußerst kontroverser Debatte geschlossene Politikvorschläge in die öffentliche Diskussion getragen. Er hat damit Anteil genommen an der breit gefächerten öffentlichen Diskussion über die Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik, ohne freilich dominierender Entscheidungsfaktor gewesen zu sein.

Es wäre daher verfehlt, eine detaillierte und vergleichende Analyse zwischen den Zielvorstellungen des Council und der tatsächlichen amerikanischen Politik zu erwarten, auch wenn bisweilen dadurch der Eindruck entsteht, daß der Council längst entschiedene Angelegenheiten weiterdiskutierte und so z. B. über die Dimensionen einer amerikanischen Wirtschaftshilfe für Europa stritt, während die Weichen im State Department bereits gestellt waren. Es wäre ebenso falsch, ihn als nach außen verlagerte Planungsgruppe oder verlängerten Arm des State Departments zu mißdeuten. Wie am Beispiel der vom Council betriebenen Öffentlichkeitsarbeit zugunsten des Marshall-Plans deutlich wird, spielte diese Institution eine bedeutende Rolle bei der Formulierung und der Propagierung amerikanischer Außenpolitik. Damit war der Council eine von vielen Institutionen, die gemäß der pluralistischen und korporativen Struktur der amerikanischen Gesellschaft auf die politischen Abläufe und Entscheidungen Einfluß zu nehmen versuchten. Dem Verfasser ist daher zuzustimmen, wenn er abschließend feststellt, daß der Council »durch seine Funktion als Forum« Einfluß gehabt hat, »von Fall zu Fall unterschiedlich stark und äußerst selten direkt und ausschließlich [. . .]«. Unzweifelhaft diente er dem State Department »als ständige Ideenfabrik«, deren Vorschläge nicht an die täglich neu entstehenden Sachzwänge gebunden waren; die Konsensfähigkeit neuer Denkansätze in der amerikanischen Öffentlichkeit konnten so zunächst einmal abgewartet werden.

Die vorliegende Studie zeichnet sich durch eine ebenso intensive wie sachkundige Auswertung der einschlägigen Quellenmaterialien im Archiv des Council on Foreign Relations aus. Dem Leser wird so über die engere Themenstellung hinaus das gesamte Spektrum der

Aktivitäten des Councils vermittelt. Auch seine personelle Zusammensetzung wird aufgeschlüsselt; viele bekannte Persönlichkeiten der US-Außenpolitik tauchen in den Mitgliedslisten auf. Die Lesbarkeit der Studie wird indes durch die evidenten Schwierigkeiten des Verfassers mit den Interpunktionsregeln der deutschen Sprache leicht getrübt. Hier hätten die Herausgeber der Studienreihe korrigierend eingreifen müssen.

*Hans-Dieter Kreikamp, Koblenz*

Günter J. Trittel, Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945–1949) (= Historische Studien, Bd. 3), Campus Verlag, Frankfurt/Main etc. 1990, 380 S., geb., 78 DM.

Paul Erker, Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953 (= Industrielle Welt, Bd. 50), Klett-Cotta, Stuttgart 1990, 480 S., Ln., 128 DM

Die beiden vorliegenden Arbeiten bilden eine wichtige Ergänzung zu den gerade in den letzten Jahren vermehrt erschienenen Studien über die wohl zentrale Problematik der unmittelbaren Nachkriegszeit, den Hunger und die Politik zu seiner Bekämpfung, da sie die bisher noch kaum untersuchte Situation in der amerikanischen Zone näher beleuchten.

Die Göttinger Habilitationsschrift von Günter J. Trittel versucht, die bestimmende Rolle der Ernährungsproblematik für die amerikanische und die britische Besatzungspolitik und für die politischen und wirtschaftlichen Weichenstellungen und Verhaltensmuster im frühen Nachkriegsdeutschland herauszuarbeiten. Im ersten Teil seiner Untersuchung zeigt der Verfasser, wie die Briten schon nach wenigen Monaten erkannten, daß sie Fragen der Demokratisierungs- und Sicherheitspolitik in Deutschland zugunsten von Ernährungsmaßnahmen zurückstellen mußten, um nicht einen völligen Zusammenbruch zu riskieren. Ihr Appell zu gemeinsamen Anstrengungen aller Alliierten wurde jedoch 1946 nur von den USA positiv beantwortet und führte zur Gründung der Bizone. Dieser rein ernährungspolitischen Maßnahme blieb der Erfolg versagt, weil sich die Amerikaner nur halbherzig auf eine zonenübergreifende Politik einließen. Erst die Verschärfung der Hungerkrise führte im Sommer 1947 zu einer Reorganisation der Bizone mit einer mit stärkeren Kompetenzen ausgestatteten deutschen Zentralverwaltung in Frankfurt und damit zu einer Abkehr von der in Potsdam vereinbarten Viermächte-Verwaltung Deutschlands. Als sich wenig später eine Wende in der amerikanischen Außenpolitik hin zu einem stärkeren weltpolitischen Engagement gegen den Kommunismus abzeichnete, gewann die fortdauernde krisenhafte Ernährungssituation in Deutschland an zusätzlicher Brisanz. Um den Westen des ehemaligen Reiches nicht an den Kommunismus zu verlieren, übernahmen nun die Amerikaner, von denen die wirtschaftlich schwer angeschlagenen Briten völlig abhängig geworden waren, die Kontrolle über die Ernährungsverwaltung in der Bizone. Die wirtschaftliche Stabilisierung als Voraussetzung der politischen Stabilisierung Westdeutschlands erhielt absolute Priorität. Mit massiven Lebensmittelimporten, der Einbeziehung der Westzonen in das ERP-Programm und der Währungsreform wurde eine Entwicklung eingeleitet, die schließlich zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland führte.

Für die deutschen Politiker, der Verfasser untersucht hierbei schwerpunktmäßig die Situation in Nordrhein-Westfalen und in Bayern, konstatiert Trittel zunächst wenig parteipolitischen Konfliktstoff in der Ernährungsfrage. Für alle Seiten standen der Kampf gegen den Hunger und damit die Forderung nach einer umfangreicheren Hilfe durch die Besatzungsmächte im Vordergrund. Differenzen gab es jedoch zwischen den einzelnen Ländern sowie den Ländern und der Zentralverwaltung in der Frage der gerechten Verteilung des